

Stabilität des Landes bewährt und dürften deshalb keinesfalls aufgegeben werden. Nicht die Konfrontation mit oppositionellen Parteikräften wie in westlichen Demokratien, sondern Konsultation und konstruktive Einbindung fachlicher Expertise aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sollten das politische System der VR China prägen (ebenda).

Innerhalb dieser konservativen Rhetorik erscheint als bemerkenswert, dass der so genannte „nichtöffentliche Sektor“ der Wirtschaft in der Rede Jiang Zemin eine explizite Aufwertung erfuhr. Der nichtöffentliche Sektor, also die privatisierten Teile des ehemaligen staatlichen Wirtschaftssektors und die Gruppe neu etablierter privater Unternehmen, war zwar bereits im März 1999 durch einen Verfassungszusatz von einem „ergänzenden“ zu einem „wichtigen Bestandteil“ der sozialistischen Marktwirtschaft aufgewertet worden (vgl. C.a., 1999/3, S.267-269); ideologische Vorbehalte gegen die private Wirtschaft sind aber dennoch weit verbreitet. Jiang Zemin sprach nun davon, dass dieser Sektor eine „positive Rolle bei der Befriedigung der diversifizierten Bedürfnisse der Bevölkerung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung der Volkswirtschaft“ spiele; die materiellen Gewinne, die der neuen Gruppe privater Unternehmer dabei zuflossen, bezeichnete er als rechtmäßig und ruhmreich. Auch in Zukunft solle diese Gruppe durch einen „gesunden“ Ausbau zur wirtschaftlichen Entwicklung des Vaterlandes beitragen (ebenda).

Die nationale Arbeitskonferenz bot damit zugleich ein weiteres prominentes Forum für Jiang Zemin, um sich als ebenbürtigen theoretischen Denker nach Mao Zedong und Deng Xiaoping zu profilieren. Die Einbeziehung privater Unternehmer in das Spektrum politisch „hoffähiger“ gesellschaftlicher Gruppen könnte ein Kernelement der noch zu kanonisierenden „Jiang-Zemin-Ideen“ bilden. -hol-

17 Großbrand in Luoyang - Proteste gegen mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen

Ein Großbrand in der Altstadt Luoyangs (Provinz Henan) hat in der

Nacht vom 25. auf den 26. Dezember über 300 Menschenleben gefordert.

Das Feuer war in einem mehrstöckigen Einkaufs- und Vergnügungszentrum ausgebrochen und hatte im obersten Stockwerk des Gebäudes, in dem eine Diskothek untergebracht war, zu heftiger Rauchentwicklung geführt. Die Mehrzahl der Gäste des Lokals erstickte, da die Fluchtwege nicht zugänglich waren und die Feuerwehr zu einer zügigen Löschung des Brandes in dem Rauch nicht in der Lage war.

Nach Polizeiberichten wurde der Brand durch Bauarbeiten in einem der unteren Stockwerke des Gebäudes ausgelöst. Die Bauarbeiter seien, ohne die Personen im Gebäude zu alarmieren, aus dem Gebäude geflohen, nachdem sie des Feuers nicht mächtig geworden seien. Zwanzig Personen sollen unter polizeiliche Überwachung gestellt worden sein. Im staatlichen Fernsehen hat Ministerpräsident Zhu Rongji eine strenge Bestrafung der für die Brandkatastrophe Verantwortlichen gefordert; auch Staatspräsident Jiang Zemin soll persönlich zügige Ermittlungen verlangt haben.

Der Großbrand erscheint in einer langen Serie von Brandkatastrophen und Unfällen in China, die auf eine notorische Vernachlässigung von Sicherheitsstandards zurückzuführen sind. In dem unter der Leitung der taiwanesischen Supermarktkette Dennis stehenden Luoyanger Einkaufszentrum waren die Feuerschutzanlagen defekt bzw. entfernt und die Notausgänge versperrt. Dem Besitzer der Diskothek war nach wiederholten Beanstandungen der Sicherheitsvorkehrungen wenige Tage vor dem Brand die Geschäftslizenz entzogen worden; zum Zeitpunkt des Brandes führte er das Lokal damit illegal.

Nach offiziellen Angaben verfügte das Ministerium für Öffentliche Sicherheit am Tag nach der Katastrophe eine Eilverordnung, wonach landesweit alle Diskotheken ohne Lizenz oder Feuer-einrichtungen unverzüglich zu schließen seien. Ferner wurde eine Überprüfung der Feuerschutzeinrichtungen in Hotels, Einkaufszentren, Schulen und Krankenhäusern angeordnet.

Ungeachtet der ergriffenen Maßnahmen protestierten am 28. Dezember mehrere hundert Personen in Luoyang

gegen die mangelnden Anstrengungen der Behörden im Bereich der Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und forderten die Bestrafung der Verantwortlichen. Im Zuge der Proteste soll es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen sein (FAZ, 27., 28., 29.12.00; FT, 28.12.00; NZZ, 29.12.00).

Die VR China hat seit langen Jahren mit dem Problem mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen zu kämpfen. Während bis in die frühen achtziger Jahre hinein die Berichterstattung über lokale Katastrophen und Unfälle strikten Zensurbestimmungen unterstand, hat die inzwischen zugelassene ansatzweise Pluralisierung des Mediensektors zunehmend dazu geführt, dass lokale Katastrophen binnen kürzester Zeit landesweit, bzw., wie in diesem schwerwiegenden Fall, auch international bekannt werden. Die staatlichen Autoritäten sind damit einem deutlich höheren Rechtfertigungs- und Handlungsdruck ausgesetzt, dem sie aber kaum angemessen zu begegnen in der Lage sind. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

18 „Projekt 211“ erfolgreich auf den Weg gebracht

Wie von Seiten des Bildungsministeriums verlautete, weist ein Schwerpunktprojekt im Rahmen des 9. Fünfjahrplans (1996-2000), das sog. „Projekt 211“, beachtliche Erfolge auf. Ziel dieses Projekts ist es, rund 100 Universitäten oder Fachbereiche besonders zu fördern, damit sie im 21. Jahrhundert eine Spitzenfunktion in der Welt einnehmen. Derzeit sind 96 Hochschulen in das Projekt aufgenommen worden; sie gelten schon jetzt als wichtigste Spitzeninstitutionen für die Ausbildung hochqualifizierter und innovativer Fachleute und für wissenschaftliche Forschung. Bis zum Jahre 2002 will die Regierung 18,369 Milliarden Yuan in das „Projekt 211“ investieren. Bis Ende August 2000 waren davon bereits 15,071 Milliarden Yuan oder 82% der geplanten Investitionssumme ausgegeben. Damit wur-

den 602 Schwerpunktprojekte in den sieben Bereichen Geistes- und Sozialwissenschaften, Wirtschafts-, Politik- und Rechtswissenschaft, Grundlagenwissenschaften, Ressourcen und Umwelt, Grundlagenindustrie in Verbindung mit Hochtechnologie und neuen Technologien, Medizin und Pharmazie sowie Agronomie aufgebaut.

Das „Projekt 211“, so heißt es, wirkt sich auf die gesamte Hochschulentwicklung Chinas positiv aus. Es hat nicht nur die Reform der Hochschulbildung gefördert, sondern auch dazu beigetragen, das starre System der Zuständigkeiten aufzulösen und die Zusammenarbeit unter den Hochschulen zu stärken. Zuständig sind jetzt vielfach die Zentrale (meist das Bildungsministerium, teilweise andere Fachministerien) und die jeweilige Provinz. Zahlreiche Hochschulzusammenschlüsse erfolgten im Hinblick auf das „Projekt 211“ (vgl. dazu C.a., 2000/4, Ü 23 u. 2000/6, Ü 25). In den Aufbau eines öffentlichen Dienstleistungssystems an 61 der in das „Projekt 211“ aufgenommenen Universitäten wurden fast 2,4 Milliarden Yuan gesteckt, so z.B. für Unterrichtslabore, audiovisuelle Lehrprogramme, Unterrichtssoftware usw. Auch die Vernetzung in Bildung und Wissenschaft und die Schaffung eines Hochschul-Informationssystems hat durch das Projekt große Fortschritte gemacht. In den Aufbau der Schwerpunktfächer an den 61 Universitäten sind bereits 4,6 Milliarden Yuan geflossen. Diese Fächer wurden zum ersten Mal seit 1949 in großem Maßstab gefördert. Vor allem aber spielen die in das Projekt aufgenommenen Hochschulen eine wichtige Rolle bei der Ausbildung hochqualifizierter Akademiker. Sie haben den größten Anteil an der Ausbildung von Postgraduierten, nämlich 84% aller Doktoranden und 69% aller Magistranden, die an chinesischen Hochschulen studieren. Zudem verfügen sie über die meisten qualifizierten Lehrkräfte: 61% aller Hochschullehrer des Landes mit dem erforderlichen akademischen Grad und 87% aller Hochschullehrer mit Dokortitel lehren an diesen Hochschulen. Auch in Bezug auf die Verjüngung des Forschungspersonals sind diese Hochschulen Vorreiter: 70% der an den Schwerpunktprojekten im Rahmen des „Projekts

211“ beteiligten Wissenschaftler sind unter 50 Jahre alt.

Ab dem Jahr 2001 beginnt für das „Projekt 211“ die zweite Projektphase, in die es konsolidiert und auf den richtigen Weg gebracht hineingeht. (Vgl. RMRB, GMRB, 7.12.00) Mit dem „Projekt 211“ will China seinen Anspruch verwirklichen, im 21. Jahrhundert zu den führenden Wissenschaftsnationen zu zählen. -st-

19 Wissenschaftliche Forschung als Wettbewerb

In China wird wissenschaftliche Forschung immer mehr als Wettbewerb aufgefasst. Wissenschaftliche Anerkennung wird sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene als Ausdruck der Stärke Chinas bzw. einer wissenschaftlichen Institution gesehen. Mit großem Interesse werden daher die Rangstufe Chinas im Vergleich zu anderen Nationen und die Reihenfolge der Spitzenuniversitäten des Landes verfolgt. Als Grundlage für die Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen in internationaler und nationaler Hinsicht dient der *Science Citation Index* (SCI). China nimmt, von der Gesamtzahl seiner wissenschaftlichen Artikel her gesehen, den achten Platz in der Welt ein. Offiziell wird kritisiert, dass der Abstand zu den wissenschaftlich führenden Nationen immer noch zu groß sei. Die Zahl der Artikel aus China, die im Jahre 1999 in den SCI aufgenommen worden seien, sei zu gering. Gemessen an der Artikelzahl der drei bestplatzierten Länder weise China nur einen Anteil von einem Drittel im Vergleich zu Japan, einem Viertel im Vergleich zu Britannien und einem Dreizehntel im Vergleich zu den USA auf. Auch die Qualität der Artikel lasse zu wünschen übrig, ihr Einfluss reiche nicht aus. Die Zitierhäufigkeit liege unter dem internationalen Durchschnitt. Ebenso sei der Einfluss wissenschaftlicher Fachzeitschriften aus China zu gering. Im Jahre 1999 seien nur 56 Zeitschriften aus China im SCI zitiert worden. Der größte Einflussfaktor einer Zeitschrift aus China habe 0,839 betragen, während der höchste Faktor, der für eine im SCI zitierte Zeitschrift berechnet wurde, 47,564 betragen habe. (RM-

RB, 14.12.00, S.5; GMRB, 18.12.00, S.1)

Ein ähnlicher Wettbewerb um vordere Plätze ist unter Chinas Universitäten ausgebrochen. Auch hier wird die Rangordnung nach dem SCI vorgenommen, weil dieser als einer der wichtigsten Nachweise für wissenschaftliche Qualität angesehen wird, sowohl was Institutionen als auch was einzelne Wissenschaftler angeht. Während das Bildungsministerium bislang einmal pro Jahr die Reihenfolge der Universitäten bekannt gab, geschieht dies neuerdings monatlich, und zwar über das Wissenschaftsnetz der chinesischen Hochschulen (www.unitech.net.cn) unter www.uniranks.edu.cn. Nach dem neuesten Stand, der die Monate Januar bis Oktober 2000 umfasst, rangiert - gemessen an der statistischen Rangfolge der im SCI zitierten Artikel - die Qinghua-Universität (Beijing) mit 773 Artikeln an erster Stelle. An zweiter Stelle folgt mit 705 Artikeln die Beijing-Universität (Beida), an dritter mit 626 Artikeln die Universität Nanjing. Die Positionen 4-10 nehmen die folgenden Universitäten ein: Zhejiang-Uni (583), Fudan-Uni (Shanghai, 379), Shandong-Uni (311), die Shanghaier Jiaotong-Uni (310), Nankai-Uni (Tianjin, 308), Jilin-Uni (284) und Wuhan-Uni (240). (Vgl. GMRB, 11.12.00, S.1; RMRB, 18.12.00, S.5) -st-

20 Taiwanesishe Schule in Guangdong

In der Stadt Dongguan in der südchinesischen Provinz Guangdong hat mit Beginn des Schuljahres 2000/2001 eine Schule für Kinder aus Taiwan ihren Betrieb aufgenommen (vgl. C.a., 1999/11, Ü 19). In Dongguan lebt eine relativ große Gemeinde von Geschäftsleuten aus Taiwan. Die meisten von ihnen ließen ihre Familien bisher in Taiwan, nicht zuletzt wegen des Mangels an guten Schulen. Nur wenige Kinder besuchten die örtlichen Schulen. Manche Geschäftsleute ließen ihre Familien auch in Hongkong oder Guangzhou leben, wo die Kinder in internationale Schulen gehen können. Bemerkenswert ist, dass trotz der gespannten Beziehungen zwischen Beijing und Taipei auf örtlicher Ebene vielfältige Kontakte und Zusammenarbeit möglich ist.

Die Taiwanese Business Association von Dongguan hat für den Bau der Schule 70 Mio. Yuan aufgebracht. Zur Einweihungsfeier wurde eine offizielle Delegation aus Taiwan eingeladen, der neben Mitgliedern der regierenden Democratic Progressive Party auch der Enkel von Chiang Kaishek angehörte. Allerdings konnten sich die Delegation aus Taiwan und die örtlichen Honoratioren von Dongguan nicht über den Ablauf der Einweihungsfeier einigen, sodass getrennte Feiern stattfanden. Dennoch scheint es bisher keine Eingriffe der örtlichen Behörden in den Schulbetrieb gegeben zu haben.

Die Kinder werden von Lehrern aus Taiwan unterrichtet und verwenden Lehrbücher aus Taiwan. Hinsichtlich des Unterrichtsmaterials sollen die Behörden keine Einschränkungen ausgesprochen haben. Um jedoch möglichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, haben sich Schulleiter und Lehrer eine Art Selbstzensur auferlegt und vor Schulbeginn sensitive Stellen aus den Schulbüchern entfernt, z.B. Genehmigungsstempel des Bildungsministeriums der Republik China und Abbildungen der Flagge oder von Chiang Kaishek. Der Schulleiter bestätigte, dass die örtlichen Behörden nur vage Richtlinien gegeben und keinen Zwang ausgeübt hätten. Auch erkannte er an, dass sie der Schule in vielerlei Hinsicht geholfen hätten, etwa bei der problemlosen Einfuhr der Ausstattung für die Schule. Dass die Schule eine Lücke füllt, lässt sich u.a. daran ablesen, dass sie von 700 Schülern besucht wird. (Vgl. SCMP, 9.12.00) -st-

21 Wichtigste Bildungsaufgaben bleiben bestehen

Die seit Beginn der Bildungsreform vor eineinhalb Jahrzehnten zu den beiden wichtigsten Aufgaben erhobenen Bildungsziele, die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen, die bis zum Jahr 2000 „im Wesentlichen“ verwirklicht sein sollten, bleiben auch im neuen Jahrhundert auf der Tagesordnung. Dies wurde auf einer Arbeitstagung über die Bildungsaufgaben im neuen Jahrhundert deutlich, die am 20. Dezember in Wuhan abgehalten wur-

de. Zwar verkündete Bildungsministerin Chen Zhili in ihrem Rechenschaftsbericht für das Jahr 2000, dass die beiden genannten Aufgaben „im Wesentlichen“ erfüllt seien, aber Einzelheiten, wie weit dies tatsächlich der Fall ist, wurden nicht bekannt gegeben. Schon seit langem war klar, dass die Ziele zumindest in den unterentwickelten Gebieten des Westens, in Minderheiten- und Armutsgebieten nicht fristgerecht zu erreichen waren. Infolgedessen bleibt die Einführung der neunjährigen Schulpflicht vor allem in diesen Gebieten nach Aussage der Ministerin für das Jahr 2001 die vordringlichste Aufgabe.

Als entscheidend für die Einführung der neunjährigen Schulpflicht galten in den vergangenen Jahren die Fortschritte, die in dieser Hinsicht in den Binnenprovinzen mit mittlerem Entwicklungsniveau erzielt würden (vgl. C.a., 1996/9, S.871). Welche Erfolge hier erzielt wurden, dazu wurde nichts bekannt, möglicherweise liegen die einschlägigen Daten noch nicht vor oder wurden noch nicht ausgewertet. Auf Nachrichten über die Entwicklung in diesen Provinzen wird in den kommenden Monaten besonders zu achten sein. Die Bildungsministerin geht jedenfalls davon aus, dass die neunjährige Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Menschen in den ländlichen Gebieten bereits bewerkstelligt ist und der Schwerpunkt der Arbeit nunmehr auf die Anhebung der Qualität der Schulbildung zu verlagern sei. Als weitere Aufgaben für das Jahr 2001 nannte sie die Reduzierung der Abbrecherraten auf der Mittelschulunterstufe, den beschleunigten Ausbau der Sekundarstufe II, insbesondere auf dem Lande den Ausbau der beruflichen Mittelschule und schließlich den vermehrten Zugang zur Hochschule.

Außerdem soll vom Jahr 2001 an Informationstechnologie landesweit auf der Oberstufe der allgemein bildenden Mittelschulen und in großen und mittleren Städten auf der Mittelschulunterstufe Pflichtkurs werden. Zudem soll in Städten oberhalb der Kreisebene ab der dritten Grundschulklasse nach und nach mit Fremdsprachenunterricht begonnen werden. Auf dem Sektor der beruflichen Bildung soll die Struktur besser an die Bedürfnisse der Gesellschaft ange-

passt sowie ein System von Diplomen und beruflichen Qualifikationen eingeführt werden. Hinsichtlich der Reform des Prüfungssystems soll daran festgehalten werden, dass Absolventen der Grundschule ohne Aufnahmeprüfung eine weiterführende Schule besuchen, und zwar in Wohnnähe (womit verhindert werden soll, dass sich die Mittelschulen ihre Schüler aussuchen und Eliteschulen entstehen); mit der Reform der Prüfungsinhalte bei den Hochschulaufnahmeprüfungen soll fortgefahren werden, und zwar nach dem Modell „3 + X“ (vgl. C.a., 2000/7, Ü 19). Schließlich soll das Problem nicht ausgezahlter Lehrergehälter und illegaler Schulgebühren gelöst werden. Das Bildungsministerium fordert zudem, die Studiengebühren im kommenden Jahr im Prinzip nicht zu erhöhen und das Schulgeld auf der Sekundarstufe II besser zu kontrollieren. Wie die Ministerin selbst deutlich machte, wird die Verwirklichung aller dieser Aufgaben in entscheidendem Maße von der Finanzausstattung abhängen. Eindringlich ermahnte sie die örtlichen Regierungen, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die Bildungshaushalte zu erhöhen, wie es die Zentralregierung tue. (Vgl. GM-RB, 21.12.00, S.A3, u. 23.12.00. S.A1) -st-

22 Weißbuch über Bevölkerung

Einen Monat nach Abschluss der 5. Volkszählung in der VR China veröffentlichte die chinesische Regierung am 20.12.2000 ein Weißbuch unter der Überschrift „Chinas Bevölkerung und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ (RMRB, 20.12.00; engl. XNA, 20.12.00). Das Dokument legt in 56 Abschnitten die gegenwärtige Bevölkerungssituation, die Ziele und Grundsätze der Bevölkerungspolitik, einen Aktionsplan und Maßnahmen für die Umsetzung der Bevölkerungspolitik dar. Ergebnisse des jüngsten Zensus sind noch nicht eingeflossen, sie werden erst in den nächsten Monaten erwartet. In dem Weißbuch geht es nicht primär um die quantitative Seite der Bevölkerungspolitik, also um die Geburtenplanung, vielmehr stehen die qualitativen Aspekte im Mittelpunkt. Neben der weiteren Eindämmung des Bevölkerungswachstums geht es gleichermaßen um die Anhebung des Bil-

dungsniveaus, den Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens, die Wahrung der Rechte und Interessen von Frauen und Kindern, den Arbeitsmarkt, die Armutsbekämpfung, die Versorgung der Alten und die Verbesserung der Umwelt. Alle diese Aspekte werden für das Wohlergehen der Bevölkerung, die Anhebung des Lebensstandards und die Verbesserung der Lebensbedingungen für wichtig erachtet. Entsprechend wird in dem Bericht klargemacht, dass eine nachhaltige Entwicklung nur möglich ist, wenn Bevölkerungszahl, Wirtschaft, Gesellschaft, Ressourcen und Umwelt in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander stehen. Das Ziel des Staates ist letztlich das Wohlergehen der chinesischen Nation, nach dem China seit nunmehr fast eineinhalb Jahrhunderten strebt und das in dem doppelten Anspruch zum Ausdruck kommt, China reich und stark zu machen.

Zur gegenwärtigen Situation wird ausgeführt, dass das Bevölkerungswachstum auf Grund der Politik der Spät-Heirat, des späten Kinderkriegens, der Ein-Kind-Familie und der Genehmigung von Zweitkindern nur unter bestimmten Bedingungen erfolgreich eingedämmt werden konnte. Die Geburtenrate und die natürliche Wachstumsrate sind von 33,43 bzw. 25,83 Promille im Jahre 1970 auf 15,23 bzw. 8,77 Promille im Jahr 1999 gesunken. In diesem Zeitraum, so heißt es, sind gut 300 Millionen Geburten abgewendet worden. Der Lebensstandard der Bevölkerung insgesamt hat sich verbessert, und die ländliche Armut wurde bekämpft, sodass heute nur noch rund 34 Millionen Menschen zu verzeichnen sind, die unterhalb der Armutsgrenze leben, im Vergleich zu 250 Millionen Ende der siebziger Jahre. Auch im Bildungswesen sind deutliche Fortschritte erzielt worden. Die allgemeine neunjährige Schulpflicht war Ende 2000 im Wesentlichen eingeführt und das Analphabetentum unter jüngeren Menschen im Prinzip abgeschafft. Die Zahl der Hochschulstudenten pro 10.000 Einwohnern ist von 8,9 im Jahre 1978 auf 32,8 im Jahre 1999 gestiegen. Insgesamt gesehen, hat jeder Zugang zur medizinischen Grundversorgung. Kinderschutzimpfungen gegen die wichtigsten Krankheiten sind die Regel.

In dem Kapitel über die Ziele und Grundsätze wird die konsequente Verfolgung eines eigenen Weges für die Lösung des Bevölkerungsproblems postuliert. Als konkrete Ziele werden genannt:

- Bis 2005 Anstieg der Bevölkerungszahl auf höchstens 1,33 Mrd. Begrenzung der natürlichen Wachstumsrate der Bevölkerung auf maximal 9 Promille. Konsolidierung und Verbesserung der neunjährigen Schulpflicht. Übergangsrate zur Sekundarstufe I über 90%. Ausweitung des Hochschulbesuchs. Aufbau eines sozialen Sicherungssystems in den Städten und einigen ländlichen Gebieten.
- Bis 2010 soll die Bevölkerung auf höchstens 1,4 Mrd. anwachsen. Verbesserung der Qualität der Bevölkerung, allmähliche Normalisierung des Geschlechterverhältnisses neugeborener Jungen und Mädchen. Lösung des Altenproblems. Ausbau des sozialen Sicherungssystems in Grundzügen für die ganze Gesellschaft.
- Mitte des 21. Jahrhunderts Bevölkerungsgipfel von 1,6 Mrd., danach Abflachen der Bevölkerungskurve. Im Bildungswesen weitgehende Einführung der Sekundarstufe II und der Hochschulbildung. Effizientes und umfassendes soziales Sicherungssystem. Erreichen einer koordinierten Entwicklung von Bevölkerung, Wirtschaft, Ressourcen und Umwelt.

Zu den Grundsätzen für die Lösung der Bevölkerungs- und Entwicklungsfrage zählen die herausgehobene Stellung von Wissenschaft und Bildung, mit denen die Probleme angegangen werden sollen, das Festhalten an der gegenwärtigen Geburtenregelung unter verstärkter Beteiligung der Massen, damit unter der Führung der Regierung die Wünsche der Bevölkerung besser zur Geltung kommen. Der Mensch soll im Mittelpunkt der Entwicklung stehen, Hilfe und Service sollen verbessert werden.

Der Aktionsplan sieht folgende Maßnahmen vor: Die derzeit praktizierte Geburtenregelungspolitik soll fortgesetzt werden. Die Arbeit an der Basis soll verstärkt und die Familienpla-

nung in das Verwaltungssystem und das umfassende Servicesystem der untersten Ebene integriert werden. Die Qualität der Dienstleistungen soll verbessert werden, insbesondere hinsichtlich Information, Bildung, Aufklärung, Verhütung und reguläre Dienste, vor allem auch hinsichtlich der Verhütungsmittel. Durch voreheliche Untersuchungen, pränatale Diagnosen, genetische Beratung usw. soll die Qualität der Neugeborenen verbessert werden, d.h. in erster Linie Geburtsfehler und Erbkrankheiten vermindert werden. Die medizinische Versorgung auf dem Lande soll ausgebaut, die Bekämpfung von AIDS und Geschlechtskrankheiten intensiviert werden. Das Bildungsniveau soll weiter angehoben, Berufs-, Erwachsenen-, Altenbildung sowie Weiterbildung und lebenslanges Bildungssystem ausgebaut werden.

Weitere geplante Maßnahmen sind: Schutz der Rechte und Interessen von Frauen und Kindern mit dem Ziel, die Diskriminierung der Frau zu bekämpfen, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem in Kollektiv- und Privatunternehmen, die Bekämpfung der Armut, namentlich in den westlichen Regionen des Landes, der Ausbau eines umfassenden Fürsorgesystems für die Alten, einschließlich gesetzlicher Regelungen, die es verbieten, Alte zu verlassen oder schlecht zu behandeln, auf der Grundlage traditioneller Tugenden wie Respektierung des Alters; ferner Verbesserung der Umwelt durch Verstärkung der Kontrolle und konsequente Einführung des Prinzips, dass für den Gebrauch natürlicher Ressourcen bezahlt und für Erneuerung von Ressourcen gesorgt werden muss und dass Verursacher von Umweltschäden dafür zahlen müssen, durch Minimierung der Luftverschmutzung (Verwendung sauberer Energie), sparsamen Umgang mit Agrarland, Kontrolle der Verschmutzung der Flüsse, Sicherstellung des Trinkwassers, Aufforstung, Bekämpfung der Bodenerosion und Desertifikation, Bioartenschutz usw.

Maßnahmen zur Umsetzung dieser gesamten Politik umfassen die Verbesserung des Rechtssystems, einschließlich Gesetzgebung, Rechts Herrschaft und Rechtsaufsicht; Einführung interessengeleiteter Mechanismen, d.h. Familienplanung muss im eigenen Interesse stehen und durch eine Anreizpolitik gefördert werden;

Intensivierung der Aufklärung und Erziehung; Aufbau eines Systems wissenschaftlich-technischer Innovation (Förderung der Verbindung von Sozial- und Naturwissenschaften, Förderung von Bevölkerungsforschung und wichtiger Forschungsthemen auf den Gebieten Biologie, Informatik und Materialwissenschaft, Verbesserung der Dienste in der Fortpflanzungsmedizin, computerisierte Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung); verstärkte Investitionen; stärkere Einbindung von NGOs und Massenorganisationen; und schließlich Ausweitung der internationalen Kooperation.

Im Großen und Ganzen werden die im Aktionsplan erwähnten Maßnahmen ebenso wie die Maßnahmen zur Umsetzung bereits praktiziert, allerdings in sehr unterschiedlicher Intensität und entsprechend mit unterschiedlichem Erfolg. Einer der wesentlichen Schwachpunkte ist das Fehlen einer effektiven und integren Verwaltung und Kontrolle. Bestechung, persönliche Bereicherung und Beziehungen spielen vielerorts immer noch eine Rolle und laufen den guten Ansätzen zuwider. -st-

23 Gao Xingjians Rede in Stockholm und Beijings Reaktion

Drei Tage, bevor Gao Xingjian in Stockholm den Nobel-Preis für Literatur entgegennahm, hielt er am 7. Dezember 2000 vor der Schwedischen Akademie einen Vortrag (Zusammenfassung in SCMP, 9.12.00), in dem er die Kulturpolitik der VR China kritisierte und für die Literatur eine unpolitische, nicht utilitaristische Rolle forderte. Im China des 20. Jahrhunderts, so seine Anklage, sei die Literatur immer wieder erstickt worden, weil sie von der Politik beherrscht worden sei. Sowohl die Revolution in der Literatur als auch die revolutionäre Literatur selbst hätten das Todesurteil für Literatur und das Individuum bedeutet. Im vergangenen Jahrhundert seien in China unzählige Schriftsteller umgebracht, eingesperrt, ins Exil geschickt oder mit Arbeitslager bestraft worden. Dies sei schlimmer gewesen als unter jeder kaiserlichen Dynastie in Chinas Geschichte. Einem Schriftsteller, der individuelle Freiheit gesucht habe, sei

nur die Wahl zwischen Schweigen oder Flucht ins Exil geblieben.

Unter Anspielung auf seine eigene Erfahrung während der Kulturrevolution schildert Gao, wie er begonnen habe, zu sich selbst zu sprechen, um seine intellektuelle Autonomie zu bewahren, und das sei der Anfang seines literarischen Schaffens gewesen. Dabei habe keinerlei Zweck eine Rolle gespielt, auch nicht der Gedanke an eine Veröffentlichung. Er habe aus einem inneren Zwang heraus schreiben müssen, und die Freude am Schreiben habe ihm Trost gebracht. Den Roman „Seelenberg“ habe er für sich geschrieben, um seine innere Einsamkeit zu überwinden in einer Zeit, da seine Werke verboten waren. Schreiben bedeute für einen Schriftsteller in erster Linie Selbstverwirklichung. Ob sein Werk eine Wirkung auf die Gesellschaft habe, sei für den Autor eine nachrangige Frage und hänge nicht von seinen Wünschen ab.

Gao hält es für problematisch für einen Schriftsteller der Gegenwart, die nationale Kultur zu betonen. Zwar leugnet er nicht, dass die chinesische Sprache und die kulturellen Traditionen Chinas ständig in ihm präsent sind und seine Wahrnehmung und sein Denken prägen, doch für ihn sind sie lediglich Ausgangspunkt des schriftstellerischen Schaffens, denn es komme darauf an, das auszudrücken, was in der eigenen Sprache bisher noch nicht ausgedrückt wurde. Dazu brauche er sich nicht ein nationales Label anzustecken. Literatur überwinde nationale Grenzen, sie enthülle die Universalität der menschlichen Natur. Im Übrigen nehme ein Schriftsteller heutzutage multikulturelle Einflüsse von außerhalb seiner Kultur auf, und da sei die Betonung der kulturellen Besonderheiten eines Volkes suspekt. Literatur sei universal in dem Sinne, dass sie die Konflikte menschlicher Existenz darstelle, Beschränkungen kämen immer von außen - durch Politik, Gesellschaft, Ethik, Sitten und Gebräuche - mit dem Ziel, die Literatur als schmückendes Beiwerk für den jeweiligen eigenen Rahmen zurechtzuschneiden.

Gao sieht die Freiheit des Schriftstellers jedoch nicht nur durch die Politik bedroht, sondern auch durch den Markt. Schreiben habe aus innerer

Notwendigkeit zu geschehen und nicht aus dem Bestreben, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Auffassung lässt Gao Xingjian konsequent die Zweckfreiheit der Literatur betonen. Schreiben als Beruf sei „ein hässliches Ergebnis der Arbeitsteilung in der modernen Gesellschaft“ und für den Schriftsteller eine bittere Frucht, insbesondere heute, wo Bücher zur Ware geworden seien. Wenn er sich nicht den Trends und Moden des Marktes beugen wolle, müsse er seinen Lebensunterhalt auf andere Weise verdienen.

Beijing reagierte auf die Rede einseitig, aber eindeutig. Die Gelegenheit der Preisverleihung zu nutzen, um China anzugreifen, zeige nur einmal mehr sein (Gaos) wahres Gesicht, hieß es von Seiten des Außenministeriums (SCMP, 9.12.00). In Bezug auf literarische und künstlerische Freiheit scheint die KPCh weiterhin nicht zu Zugeständnissen bereit zu sein. Wer universale Werte vertritt und die Freiheit des schöpferischen Individuums fordert, den hat die Partei in der Vergangenheit kritisiert bis hin zur Ächtung und der hat bis heute unter dem Diktat der Partei zu leiden. In allen bedeutenden Auseinandersetzungen zwischen Partei und Schriftstellern, angefangen von der Ausrichtungsbewegung in Yan'an über die Kampagne gegen Hu Feng Mitte der 50er Jahre und die Verfolgung von Schriftstellern während der Kulturrevolution bis hin zu den Verurteilungen zahlreicher Schriftsteller, die der studentischen Protestbewegung von 1989 nahe standen, ging es immer um das Grundproblem universale vs. chinesische Werte und um die schöpferische Freiheit. In diese Auseinandersetzungen fügt sich der Fall Gao Xingjian nahtlos ein, und er wird nicht der Letzte sein. -st-

Außenwirtschaft

24 Deutsch-chinesische Umweltkonferenz in Beijing

Mitte Dezember fand in Beijing die zweitägige deutsch-chinesische Umweltkonferenz statt. Von deutscher Seite wurde die Konferenz vor al-